

Liebe Mitglieder des Netzwerkes der ehemaligen SSAB, liebe Interessierte

Anfang Februar 2025 fand der dritte internationale AI-Summit in Paris statt. Er stand unter völlig anderen Vorzeichen als die beiden ersten, die im Dezember 2023 in Bletchley bei London und im Mai 2024 in Seoul stattfanden. Die neue US-Präsidentenschaft und DeepSeek, ein kleines, chinesisches Start-up, veränderten das Szenario in Paris grundlegend. Mit DeepSeek lag ein den proprietären US-Sprachmodellen ebenbürtiges Tool zur kostenlosen Nutzung und Weiterentwicklung vor, was in den USA den KI-Wettkampf anheizt. Für Europa – und speziell auch für die Schweiz – eröffneten sich neue Chancen.

Summits von Bletchley und Seoul: Keine KI, die ausser Kontrolle gerät

Sowohl am ersten AI-Summit in Bletchley wie auch am zweiten in Seoul vereinbarten die je rund 30 Regierungsvertretungen eine enge Zusammenarbeit bei der Festlegung von Schwellenwerten für schwerwiegende KI-Risiken und bei der Erstellung von Richtlinien für KI-Sicherheitstests. Sowohl in der [Bletchley-Erklärung](#) als Ergebnis des ersten Summits und noch deutlicher in der [Pressemitteilung der britischen Regierung](#) nach dem zweiten KI-Gipfel in Seoul wurde das möglicherweise existenzielle Risiko einer KI angesprochen, die ausser Kontrolle geraten könnte (the potential frontier AI capability «to evade human oversight»).

Dritter AI-Summit in Paris: USA melden sich aus dem Wertekonsens ab...

Trump widerrief unmittelbar nach seinem Amtsantritt die bescheidene KI-Regulierung, die Biden am 30.10.2023 mit seiner Executive Order erlassen hatte (so die britische Agentur [Reuters](#) am 21.1.2025). Am AI-Summit kritisierte Vizepräsident Vance in aller Schärfe sämtliche EU-Regulierungen als Innovationsbremsen und lehnte es ab, am Schluss die gemeinsame Erklärung, das [Statement on Inclusive and Sustainable Artificial Intelligence for People and the Planet](#), zu unterzeichnen (so die britische Tageszeitung [The Guardian](#) am 11.2.2025). Trump verurteilte schon im Januar (Bericht in der US-Online-Zeitung [The Hill](#) vom 23.1.2025) die EU-Geldstrafen gegen mehrere Tech-Unternehmen. Zurzeit läuft, wie [The Guardian](#) am 17.1.2025 berichtete, ein Verfahren der EU gegen Musk und dessen Plattform X. Untersucht wird, wie Musk mit seiner exzessiv ausgelegten Meinungsäusserungsfreiheit faktisch illegalen Inhalten und Falschmeldungen Tür und Tor öffnet und ob er vorsätzlich über seine Algorithmen rechtsradikales Gedankengut fördert und Wahlbeeinflussung betreibt.

...und Europa packt die Chance, bei KI aufzuholen

Mit DeepSeek verfügt Europa nun über ein potentes Open-Source-Tool, das sich weiterentwickeln lässt. Europa will deshalb KI-Investitionen in Milliardenhöhe tätigen. Frankreichs Präsident Macron kündigte [109 Milliarden Euro](#) für Investitionen in Frankreich, die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Initiative [InvestAI im Umfang von 200 Milliarden](#) an. Es waren dies auch Reaktionen auf die von Trump im Januar angekündigten 500 Milliarden Dollar für das Projekt [Stargate](#).

Wo bleiben die Fragen zur Sicherheit?

Der dritte Summit befasste sich mit konkreten Problemen und fokussierte auf Herausforderungen betreffend Arbeitsmarkt und nachhaltige Entwicklung. Für die längerfristigen und existenziellen KI-Risiken wurde auf die beiden ersten Summits verwiesen, und tatsächlich werden diese Fragen inzwischen auch bearbeitet. Am 20./21.11.2024 trafen sich in San Francisco mehrere nationale Sicherheitsinstitute und gründeten das [International Network of AI Safety Institutes](#). Dieses Netzwerk will gemäss der Absichtserklärung, die in Seoul gefasst wurde, in internationaler Zusammenarbeit Verfahren zur KI-Risikoeinschätzung und -minderung erarbeiten.

Chancen der Schweiz als Pionierin in künftigen Regulierungen

Mit dem [Beschluss vom 12.2.2025](#) entschied der Bundesrat vorerst die [KI-Konvention des Europarats](#) zu ratifizieren, bei deren [Erarbeitung](#) die Schweiz mitgewirkt hatte. Es eilt ihm nicht mit der Konkretisierung der Grundprinzipien der KI-Konvention, soll doch die Vernehmlassungsvorlage erst Ende 2026 vorliegen. Bis dann dürfte klarer sein, wie sich die als zu restriktiv kritisierten EU-Regulierungen auswirken. Zudem gewinnt die starke schweizerische Sicherheitsforschung mehr Zeit, um kluge Regulierungen zu erarbeiten. Sie könnte als Pionierin Standards setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Für das Netzwerk der ehemaligen SSAB: Hanna Muralt Müller

4.3.2025

***Neues Datenschutzrecht: Falls Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, melden Sie sich bitte bei mir:
info@muralt-mueller.ch***